



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/GV/10/2011) vom 15.12.2011

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Frau Hildegard Buchenau

Herr Jürgen Cordts

Herr Peter Domeier

Herr Peter Ehlers

Herr Wilfried Friese

Herr Uwe Kaßler

Frau Antje Klein

Herr Wolfgang Mainz

Herr Uwe Manstein

Herr Henner Meckel

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Claudia Petersen

Frau Wilma Rosenkranz-Petersen

Herr Sönke Stoltenberg

Herr Horst Wegner

Herr Dieter Winkler

von der Verwaltung

Herr Uwe Jürß

Presse

Frau Astrid Schmidt

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Sven Asbahr

Beginn: 20:00 Uhr

Ende 21:05 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überbringt eine Delegation der Pfadfinder der evangelischen Kirchengemeinde unter der Leitung von Herrn Moritz Keppel das Friedenslicht von Bethlehem.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22.11.2011 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
3. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Gemeinde Schönberg/Holstein
4. Bekanntgaben und Anfragen

SCHÖN/BV/313/2011

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22.11.2011 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen. Der Bürgermeister berichtet, dass in der letzten Sitzung im nichtöffentlichen Sitzungsteil keine Beschlüsse gefasst worden sind.

**TO-Punkt 3: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Gemeinde Schönberg/Holstein
Vorlage: SCHÖN/BV/313/2011**

Der Bürgermeister erläutert ausführlich die Vorlage und verweist auf die umfangreichen Vorberatungen. Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss als auch der Wirtschaftsausschuss empfehlen der Gemeindevertretung das Gesamtwerk zu beschließen. Vorher bedarf es aber noch einer gesonderten Entscheidung darüber, welche Vorteilsstufen für die abgabepflichtigen Tätigkeiten der Versicherungsvermittlungen und der Veranstaltungsagenturen gelten soll.

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt, dass es sich insgesamt um eine sehr komplizierte Materie handelt und man habe es sich insgesamt mit der Entscheidung nicht leicht gemacht. Klar war von Anfang an, dass an der Stellschraube der Beschäftigtenzahl gedreht werden müsse. Die Meinungen gingen auseinander bei den beiden vom Bürgermeister genannten Berufsgruppen. Insbesondere bei den Versicherungsmaklern könne man geteilter Meinung sein. Man habe sich bei den örtlichen Hausverwaltungen erkundigt und erfahren, dass die Hausverwalter grundsätzlich pauschal bei einem Versicherer versichern. Insofern habe diese Berufsgruppe doch einen deutlichen Vorteil. Grundsätzlich sei anzumerken, dass man dann, wenn man anfängt an einzelnen Vorteilsstufen zu drehen, auch in andere Bereiche hineingehen müsse. Deshalb plädiert die CDU-Fraktion dafür, es bei der ursprünglichen Veranlagung der Vorteilsstufen zu belassen.

Gemeindevertreter Cordts erinnert daran, dass die Auswirkungen dieser Satzungsänderung seinerzeit im Vorwege so im Detail nicht absehbar waren. Fakt sei, dass es Ungleichbehandlungen gibt. Er berichtet, dass eine Abstufung um zwei Vorteilsstufen nicht gewollt sei, man sich aber annähern könnte, indem man jeweils um eine Vorteilsstufe abstuft. Gerade die gemeinsame Sitzung zeigte auch, wie schwierig die Materie ist und wie unterschiedlich die Meinungen hierzu sind. Seiner Auffassung nach sei der Fachausschuss eindeutig der Wirtschaftsausschuss. Wäre die Angelegenheit ausschließlich im zuständigen Fachausschuss beraten worden, wäre es auch nicht zu dieser schwierigen Meinungsbildung gekommen. Die EIS-Fraktion plädiert dafür, bei den beiden Berufsgruppen um jeweils eine Vorteilsstufe abzustufen. Den Rest des Satzungsentwurfes könne die EIS mittragen.

Gemeindevertreter Winkler erklärt, dass die SPD sich dafür ausspricht, den Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Er plädiert für eine einheitliche Linie. Man habe sich nun lange genug mit dieser Materie beschäftigt. Im übrigen weist er darauf hin, dass das unterschiedliche Meinungsbild nur darauf zurückzuführen sei, dass die SPD-Fraktion in einem Ausschuss nicht vollständig vertreten war. Er plädiert dafür, der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zu folgen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das neue System mit alten Vorteilsstufen kombiniert war. Dies führte zu Steigerungsraten zum Teil von 1000 %. Deswegen habe man an den bisher genannten Stellschrauben gedreht. Wenn man sich ansehe, welche Veranlagungssumme herauskomme, selbst wenn man die Beschäftigtenzahl jetzt nur noch anteilig entsprechend der tatsächlichen Stellenkontingente berücksichtigt, komme es in einigen Bereichen zu weit überdurchschnittlichen Belastungen. Auch wenn man die geänderten Vorteilsstufen zugrunde legt, gebe es immer noch durchschnittlich eine Steigerung um 100 %. Entscheidend sei aus seiner Sicht, dass im Ergebnis ein vertretbares System herauskommt. Er begrüßt auch, dass die Diskussion bisher sachlich und ohne Polemik geführt worden ist. Es gab aus seiner Sicht mehr Einigkeit als Gegensätzlichkeiten.

Dies wird von Gemeindevertreter Stoltenberg im Grundsatz bestätigt. Gleichwohl ist er der Auffassung, dass eine Steigerung um 100 % sich zwar gewaltig anhöre, letztendlich aber bei einem Beispiel von früher 60 € zu heute 120 € deutlich werde, dass es sich lediglich um eine Steigerung um 60 € handelt. Man müsse dieses immer auch in Relation zu absoluten Zahlen sehen. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause.

Die Sitzung wird nach fünf Minuten fortgesetzt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Gemeindevertreter Stoltenberg, dass die CDU-Fraktion dem Vorschlag der EIS folgen könne, bei den beiden Berufsgruppen, die zur Entscheidung stehen, jeweils eine Stufe herabzustufen. Aber dadurch, dass die CDU-Fraktion in

dem Gesamtsystem noch einige Ungereimtheiten sehe, werde man sich bei der Abstimmung über die Satzung insgesamt enthalten.

Der Bürgermeister stellt daher zunächst die Einstufungen der beiden genannten Berufsgruppen in die Vorteilsstufen zur Abstimmung.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt, die Versicherungsagenturen von der Vorteilsstufe 3 in die Stufe 2 und die Veranstaltungsagenturen von der Vorteilsstufe 4 in die Vorteilsstufe 3 einzustufen.

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Im Anschluss daran stellt er die Gesamtsatzungsentwurf mit den beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Die Gemeindevertretung fasst daraufhin folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Gemeinde Schönberg/Holstein nebst Anlage zur Satzung gemäß dem vorliegenden Entwurf unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderungen (Anlage zur Niederschrift).

Stimmberechtigte:	18		
Ja-Stimmen: 13	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 5	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Bekanntgaben und Anfragen

4.1:

Gemeindevertreter Cordts bittet um das Wort und erklärt, dass er eine persönliche Bemerkung abgeben möchte zur letzten Sitzung des Schulverbandes Probstei.

Er nimmt Bezug auf die gewünschte Toilettensanierung durch die Elternschaft. Der Bürgermeister habe positiv hervorgehoben, dass die Eltern die Initiative übernehmen, Geld für die gewünschte Sanierung zu generieren und habe durch seine Äußerungen in Aussicht gestellt, dass der Schulverband dann den Rest dazu tun werde. Dies sieht er persönlich anders. Denn man könne die Äußerung des Bürgermeisters so verstehen, dass die Sanierung auf jeden Fall so umgesetzt werden kann, wie die Eltern es wünschen. Es gehe hier nicht darum, Eigeninitiative im Keim zu ersticken, aber man könne es sich nicht leisten, einen Blankoscheck auszustellen. Deshalb sollte eine Lösung im beiderseitigen Einvernehmen mit Augenmaß angestrebt werden.

Der Bürgermeister stellt richtig, dass er mit seiner Aussage keinen Blankoscheck ausgestellt habe. Seiner Auffassung nach sei es Aufgabe des Schulverbandes, das, was an Sanierung notwendig ist, auch zu tun. Deshalb müsse das, was notwendig ist, auch umgesetzt werden. Hierzu müsse man zu gegebener Zeit selbstverständlich auch Sanitärfachleute heranziehen und ein vernünftiges Sanierungskonzept entwickeln. Es gehe nicht darum, goldene Wasserhähne zu finanzieren sondern erforderliche Sanierungsarbeiten auch durchzuführen und nur so war seine Aussage gemeint, denn es sei die ureigenste Aufgabe des Schulver-

bandes, für eine ordnungsgemäße Sanitäreinrichtung zu sorgen. Dies sei Aufgabe des Schulträgers. Das war seine Botschaft.

4.2:

Gemeindevertreter Stoltenberg erklärt, dass er gehört habe, dass man zwischenzeitlich auf eine strafrechtliche Verfolgung der Zerstörung des Elches verzichte. Er erkundigt sich ob dies richtig sei.

Der Bürgermeister erläutert nach kurzer Diskussion, dass geplant sei, sich mit den Fraktionsvorsitzenden in dieser Angelegenheit an einen Tisch setzen, um das weitere Vorgehen abstimmen. Zunächst gehe es auch darum, eine Kostengröße zu ermitteln. Diese habe er jetzt erst erhalten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Bürgermeister schließt daher die öffentliche Sitzung um 20:50 Uhr.

gesehen:

Wilfried Zurstraßen
- Bürgermeister -

Angela Grulich
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -